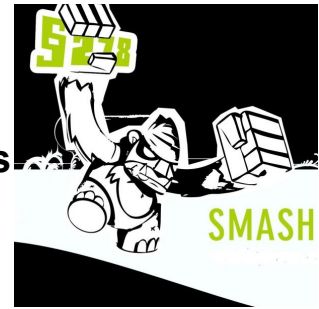


## Erklärung des Neuntbeschuldigten im §278a Prozess



Ich möchte zuerst kurz auf meine Motivation zu sprechen kommen. Meine Motivation warum ich mich seit Jahren für Befreiung der Tiere einsetze, sei es durch Demonstrationen, Recherchen, Diskussionen, publizistische Tätigkeiten, Aktionen des zivilen Ungehorsams wie z. B. Run Ins oder die damit einhergehende theoretische Arbeit. Danach werde ich auf einzelne Punkte aus dem Strafantrag eingehen.

Wir haben im Verfahren bereits Filme gesehen von Nerzen, Füchsen und Hühnern, die entindividualisiert und zu Waren gemacht werden. Sie werden ein Leben lang eingesperrt. Der gewaltsame Tod ereilt sie, sobald sich die jeweiligen Unternehmen einen maximierten Profit versprechen. Solange sie noch leben, sind sie in dieser Gesellschaft für nichts anderes da, als auf den Zeitpunkt des Verkaufs ihrer toten Körper zu warten. Diese Bilder und diese Käfige stehen dabei symbolisch für das **Mensch – Tier Verhältnis** und damit auch für den gewaltförmigen Aufbau dieser Gesellschaft. Für die Befreiung der Tiere, bedeutet auch für eine befreite, gewaltfreie Gesellschaft einzustehen.

Diese Einsicht und der Wunsch diese Verhältnisse zu ändern ist der Grund für mich politisch aktiv zu sein. Aktiv jenseits der Möglichkeiten sich durch Wahlen am Stimmzettel oder an der Supermarktkasse betrügen zu lassen. Denn ich lasse mir nicht mehr vorgaukeln, dass diese Freiheit der Wahl die bestmögliche Freiheit sei. Dies ist der Grund dafür, dass ich mich **an Kampagnen beteiligt** habe und mich weiterhin daran beteiligen werde. Das ist Menschen, die an den gewaltvollen gesellschaftlichen Verhältnissen festhalten wollen, auch weil sie um ihre Privilegien fürchten, ein Dorn im Auge.

Der Wille ungenehmen **politischen Aktivismus mundtot zu machen**, zieht sich wie ein roter Faden durch die Ermittlungen gegen uns. Seit Ende der 1990er wurde die Tierrechtsbewegung vom Staatsschutz observiert und in seinen Berichten analysiert. Spätestens damals begannen gezielte Ermittlungen gegen die Personen, die wegen ihres politischen Engagements und den damit einhergehenden öffentlichen Auftritten den Behörden namentlich bekannt waren. Mit der **SOKO Gründung** wurden diese Ermittlungen noch intensiviert. Seit Jahren wurden von Seiten der Polizei erhebliche Anstrengungen unternommen, um freie Meinungsäußerungen wie Demonstrationen und Informationsveranstaltungen im Rahmen von Tierrechts-Kampagnen zu unterbinden oder zu kriminalisieren.

Nachdem es für die Zuordnung von Straftaten keine Beweise gab und gibt wurde zum Paragrafen **278a** gegriffen mit Hilfe dessen sich legale Handlungen strafrechtlich verfolgen lassen. Mit den von Seiten der Anklage vorgebrachten Behauptungen und Indizien wird sich meine Anwältin im Laufe des Beweisverfahrens entsprechend noch ausführlich auseinandersetzen. Sie wird zeigen, dass die vorgeworfenen Straftaten, insbesondere die **Existenz einer „kriminellen Organisation“ haltlose** Behauptungen sind.

Ich engagiere mich in verschiedenen politischen Initiativen und Gruppen, vor allem auch in der **Basisgruppe Tierrechte**. Das ist eine kleine basisdemokratische Gruppe, die sich für Tierrechte einsetzt. Wir beteiligen uns an Kampagnen, machen Demos, Vorträge, Radiosendungen und führen Aktionen des zivilen Ungehorsams durch. Die **Kampagnen**, an denen ich mich beteiligt habe, sind unter anderem die der Offensive gegen die

Pelzindustrie und SHAC. Ich habe auch wiederholt an Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams teilgenommen und solche Aktionen mitorganisiert. Daraus habe ich nie ein Geheimnis gemacht. Wieso auch? Obwohl beide Kampagnen nach wie vor mit öffentlichen Demos und Veranstaltungen aktiv und präsent sind wird mir dies nun im Strafantrag vorgeworfen.

Dort heißt es unter anderem, dass meine „**Teilnahme an strategischen Sitzungen**“ dazu gedient habe, Kampagnen oder Aktionen zu planen. Kampagnen sind in den meisten sozialen Bewegungen gang und gäbe. Eine Kampagne bedeutet, dass kontinuierlich auf ein Etappenziel hin gearbeitet wird. An vielen Kampagnen beteiligen sich verschiedene Gruppen und Individuen eigenverantwortlich und selbstständig um so ihren Protest kund zu tun. Wenn ich mir die einzelnen Vorwürfe ansehe und mir überlege wie politischer Aktivismus oder Kampagnenarbeit ohne Handlungen wie Recherchen und Planung - Handlungen die mir nun vorgeworfen werden - auskommen soll, kann ich nur sagen „gar nicht“. Offenkundig geht es dem Staat darum politische Arbeit in Form von Tierrechts-Kampagnen zu unterbinden.

Mir wird vorgeworfen, dass ich **Recherchen** zu aktuellen politischen Kampagnen betrieben habe. In den Polizeiberichten ist zu lesen, dass bei der Durchsuchung meiner Wohnung, die von verummten Spezialeinheiten aufgebrochen wurde, Firmenbuchauszüge sicher gestellt wurden. In Telefonaten soll ich mich erkundigt haben, wo im Internet ich Jahresberichte von Firmen finden kann und anderes. All dies sind vollkommen öffentlich zugängliche Informationen.

Aus den vorliegenden Überwachungsergebnissen ist sicher bekannt, dass sich Flugblätter auch mit Firmenverflechtungen z. B. der Firma KLEIDER BAUER auseinander setzen. Es ist bei politischen Kampagnen wichtig eine Ansprechperson für Gespräche zu haben - oder eine Person an die der Protest adressiert werden kann. Protestbriefe oder die gesammelten Unterschriften gegen den Pelzverkauf können an das Christkind oder an die Personen, die in einer Firma die Entscheidungen treffen adressiert werden. Anders als das Christkind können die Verantwortlichen in Firmen sehr wohl die Entscheidung treffen, aus dem Pelzverkauf auszusteigen und damit den Mord an den so genannten Pelztieren zu beenden. Gerne hätte ich auch Informationen z. B. über Zulieferfirmen, den Pelzlieferant\_innen veröffentlicht um es der Öffentlichkeit zu ermöglichen sich umfassend über deren blutige Machenschaften zu informieren und auch um Diskussionen anzuregen.

Kampagnen und Aktivismus leben nun Mal von Informationen – um aufzuklären, zu informieren, zu skandalisieren und auch um Folgerecherchen durchführen zu können. Weiterhin können solche Informationen, auch das Recherchieren von Adressen, Grundlage sein, um Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams durchzuführen.

Mir wird vorgeworfen, dass ich **Demonstrationen angemeldet** habe, weil diese dem Ziel der vermeintlichen kriminellen Organisation dienen sollen. Da tun sich gleich mehrere Fragen auf: Seit wann greifen kriminelle Organisationen auf das Protestmittel von Demonstrationen zurück? Wie soll ich einer kriminellen Organisation dienen, die es nicht gibt? Wie soll ich eine Demonstration anmelden, wenn ich nicht weiß wer der Adressat ist, und wo? Wie soll ich mir politische Arbeit vorstellen, wenn es anscheinend strafbar ist Demonstrationen anzumelden?

Aber auch wenn Demonstrationen nicht angemeldet werden wird das zum Vorwurf gemacht. Dabei taucht immer wieder das Schreckgespenst der „**illegalen Home Demos**“ auf. „Illegal“ ist hier nur Stimmungsmache! Demos oder home demos sind nicht illegal auch wenn die SOKO, der Herr Staatsanwalt und die Richterin immer wieder davon sprechen. Hier werden auch solche Meinungsäußerungen zu kriminalisieren versucht.

Mir wird vorgeworfen durch Beteiligung an einer Demonstration den Versuch einer **schwere Nötigung** begangen zu haben. Schließlich wollte ich die Geschäftspolitik der Firma KLEIDER BAUER beeinflussen – eben wie schon gesagt in dem Sinne, dass sie aufhören Pelze zu verkaufen. Bei einer anderen, unangemeldeten Demonstration, dem so genannten „**Faktum 7**“ wurden bei einer unangemeldeten Demonstration in einem Geschäft Flugblätter geworfen und in Folge eine Sachbeschädigung behauptet. Aufgrund dieser vermeintlichen Sachbeschädigung wurden umfangreiche Überwachungsmaßnahmen angeordnet. Überwachungsmaßnahmen, die auf schamlose Weise in die Privat- und Intimsphäre von Dutzenden Menschen eindringen. Für diese Sachbeschädigung kann auch nach jahrelanger, intensiver Ermittlungsarbeit der SOKO kein Sachschaden gefunden werden.

Aber um welche Aktionen es sich auch immer handeln mag, sei es das Schreiben von Protestbriefen oder Aktionen des zivilen Ungehorsam – politischer Aktivismus ist verdächtig und wird kriminalisiert, sobald er unbequem wird und nicht mehr einfach zu ignorieren ist.

Ich soll auch im Rahmen einer **Radiosendung** „zu einen unbekanntem Zeitpunkt“ über Sachbeschädigungen und die **ALF** berichtet haben. In jedem Medium ist es üblich über Straftaten zu berichten und genau das wird mir hier nun vorgeworfen. Weil ich mich von derartigen Aktionen nicht distanzieren, sondern laut Strafantrag um Sympathie dafür werbe. Aktionen, die das Ziel haben Gewalt gegen Tiere zu beenden und dabei von Menschen durchgeführt werden, die Gewalt gegen Menschen und Tiere kategorisch ablehnen. Mir sind keine Personen bekannt, die in Anbetracht der unaussprechbaren Gewalt, die Tieren angetan wird, zu derartigen Mitteln greifen. Trotzdem, ich freue mich von ganzem Herzen für jedes Tier, dem durch den Einsatz mutiger Aktivist\_innen Gefangenschaft oder ein gewaltsamer Tod erspart bleiben. Aus dieser Meinung habe ich nie einen Hehl gemacht und werde das auch in Zukunft nicht tun sondern weiterhin zu ihr stehen. Bedeutet das, dass ich wegen meiner politischen Meinung nicht mehr über bestimmte Themen berichten darf? Das ich wegen meiner Meinung keine Meinungsfreiheit mehr habe?

Ich habe weder Personen **genötigt** noch andere mit Informationen versorgt, damit diese Sachbeschädigungen durchführen können. Mir wird auch nicht vorgeworfen eine Sachbeschädigung begangen zu haben. Mir wird nur mein politisches Engagement vorgeworfen. Trotzdem beschäftigt sich der Strafantrag größtenteils mit Gedanken, Meinungen und Anschauungen und dem Umgang mit Publikationen oder im Internet verbreiteter Bekenner\_innenschreiben. Das Weiterleiten und Publizieren von Bekenner\_innenschreiben ist nicht strafbar. Zu derartigen Vorwürfen muss und will ich mich nicht äußern.

Es gibt **keine** wie auch immer gearteten „**kriminellen Organisation**“ wie sie der Herr Staatsanwalt entwirft. Ich bin auch nicht Mitglied. Es gibt eine derartige Organisation ganz einfach nicht. Ich werde einen derartigen Schauprozess nicht aktiv unterstützen, auch weil hier vor Gericht die **Unschuldsvermutung** offenbar außer Acht gelassen wird. Anstatt unsere „Schuld“ zu beweisen wird uns nahe gelegt unsere Unschuld zu beweisen.

Meine Anwältin wird noch detailliert darlegen, dass die Anklage ohne jegliche Substanz ist. Nachdem insbesondere die Ermittlungen wie auch das bisherige Verfahren tendenziös geführt wurden und offenbar alleine dazu dienen, eine politische Meinung und Aktivismus zu kriminalisieren, werde ich ab jetzt **keine Aussagen** mehr machen.

#### **Rückfragehinweis:**

Alexandra Sommer

Telefon: 0681 – 20 32 18 42

Email: [presse-antirep2008@riseup.net](mailto:presse-antirep2008@riseup.net)

Web: <http://www.antirep2008.tk>